

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Kurz für Nachtgespräche: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. März 1923 bei jährlich dreimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mk. Postbezugspreis für Monat März 3 Mark ohne Zustellungsgeld.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 30 mm breite Reklamzeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg., Offertengeld 30 Pfg. Anz. Aufnahme gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38 42
Druck u. Verlag von Weyrich & Reichardt in Dresden
Bismarck-Ring 106 B Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Wahlerfolge der Deutschen in Polen.

Trotz Aufhebung des Wahlgeheimnisses. — Starke Verluste der Nationaldemokraten.

4 Sitze in Westpreußen-Posen gewonnen.

Warschau, 5. März. Die gestrigen Wahlen zum polnischen Sejm haben, den bisherigen Nachrichten zufolge, in den ehemaligen preussischen Gebieten Westpolens für die deutschen Stimmen einen großen Erfolg gebracht. Bis jetzt steht bereits fest, daß die Minderheitenliste wenigstens drei neue Mandate gewonnen hat, und zwar je eins in Pilsch, Bromberg und Thorn. In den übrigen Wahlkreisen, in denen ein Erfolg der deutschen Listen fraglich war, rechnet man nach den bisherigen Teilergebnissen damit, daß die deutschen Kandidaten durchgekommen sind. In einzelnen erhielten Mandate:

Im Wahlkreis Bromberg:
Minderheitenblock 2 (bisher 1); Sozialisten 2 (0); Nat. Arbeiterpartei 1 (2); Nationaldemokraten 1 (3);

Im Wahlkreis Pilsch:
Minderheitenblock 1 (bisher 0), Nat. Arbeiterpartei 1 (1), Nationaldemokraten 2 (3), Christliche Demokraten und Pfaffen 1 (0).

Im Wahlkreis Thorn,
wo die Deutschen im Jahre 1922 leer ausgingen, gelang es ihnen, ein Mandat zu gewinnen. Von den übrigen Parteien erhielten: die Nationaldemokraten 2 (bisher 4), die Sozialisten 1 (0), die Nat. Arbeiterpartei 1 (1).

Im Wahlkreis Graubenz,
der vier Mandate zu wählen hat, haben die Minderheitenliste ein Mandat, die Sozialisten zwei und die Nat. Arbeiterpartei ein Mandat errungen. Die deutsche Liste und die Nat. Arbeiterpartei haben sich somit behauptet, während die Nationaldemokraten ihre beiden Mandate an die Sozialisten verloren haben.

In Polen-Landkreis
errangen die Nat. Arbeiterpartei 1 (1) Mandat, Regierungsblock 1, Nationaldemokraten 1 (3), Witospartei und Christlichdemokratische Partei je 1 Mandat.

Im Wahlkreis Gnesen
haben es den Deutschen, die bei den vorigen Sejm-Wahlen kein Mandat erzielen konnten, gleichfalls gelungen, ein Mandat zu erobern. Die übrigen Mandate verteilten sich folgendermaßen: Nationale Arbeiterpartei 1 (2), Nationaldemokraten 1 (3), Christl. Demokraten und Pfaffen 2 (0).

Im Wahlkreis Samter hat der Minderheitenblock sein Mandat behauptet.

In Schlesien ein neues Mandat erobert.

Kattowitz, 5. März. Nach dem vorläufigen Gesamtergebnis für den Wahlkreis 40, Kattowitz und Bielek, haben die deutsche Wahlgemeinschaft 50 003 Stimmen und 2 (1) Mandate, die Regierungspartei 73 292 Stimmen und 3 Mandate, die Korfants-Partei 38 946 Stimmen und 1 Mandat, die polnischen und deutschen Sozialisten 28 219 Stimmen und 1 (1) Mandat erhalten. (In Kattowitz 1922: 4 Nationaldemokraten.)

Im Wahlkreis 28, Königshütte,
hat die deutsche Wahlgemeinschaft einen bedeutenden Stimmengewinn, und zwar um rund 23 000, zu verzeichnen, obwohl die deutschen Sozialdemokraten für die Liste der polnischen Sozialisten gestimmt haben.

In einzelnen erhielten: die deutsche Wahlgemeinschaft 61 758 Stimmen (88 942); die Regierungsparteien 53 329 Stimmen; die Korfantypartei 32 974 Stimmen; die vereinigten

deutschen und polnischen Sozialisten 15 004 Stimmen; die Kommunisten 9397 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 89 Prozent. Im Stadtkreis Königshütte hat bei einer Wahlbeteiligung von 94 Prozent die deutsche Wahlgemeinschaft 19 801 von insgesamt 21 110 abgegebenen Stimmen erhalten. Es erhielten an Mandaten: Minderheiten 2 (2), Regierungsblok 2, Korfants-Partei 1, Nationaldemokraten (früher 3).

Nach dem vorläufigen Gesamtergebnis aus den drei Wahlkreisen der Wojewodschaft Schlesien hat die deutsche Wahlgemeinschaft ihren bisherigen Stand von 5 auf 8 vermehren können.

Die Regierungsparteien erhalten 7, die Korfants-Partei 3 (bisher 8) und die polnischen und deutschen Sozialisten 1 (2) Mandate. Außerordentlich beachtlich ist der starke Rückgang der Stimmen der Korfants-Partei, sehr schlecht haben auch die polnischen Sozialisten abgesehen, die ihr bisheriges Mandat nur im Wahlkreis 40 erhalten konnten, während sie in den Wahlkreisen 38 und 39 leer ausgingen.

Die Ergebnisse aus der Landeshauptstadt.

Warschau, 5. März. Vorläufiges Gesamtergebnis von Warschau: Wahlberechtigt 664 797, abgegebene Stimmen 463 885. Davon entfallen auf die Listen:

- Regierungsblok 185 951,
- Sozialisten 42 804,
- Jüdische Sozialisten 18 588,
- Poalei-Zion 3851,
- Nationale Arbeiterpartei 1206,
- Kommunisten 65 800,
- Minderheitenblock 40 328,
- National-katholischer Block 97 366.

Die Mandate verteilen sich wie folgt:

- Regierungsblok 6,
- Sozialisten 1,
- Kommunisten 2,
- Minderheitenblock 1,
- Nationaldemokraten 1.

Bis jetzt sind vorläufige Gesamtergebnisse aus 17 Wahlkreisen eingetroffen. Von 101 Mandaten entfallen auf den Regierungsblok 34, auf die Nationaldemokraten 14, Witos-Partei und Korfants-Partei zusammen 4, Sozialisten 11, jüdische Parteien 3, ukrainische Parteien 6, Kommunisten 4, Minderheitenblock 11.

Wenn auch eine genaue Uebersicht noch nicht vorliegt, so läßt sich aus dem bisherigen Ergebnis doch schon so viel erkennen, daß die Staatsliste Pilsudski, wie zu erwarten war, die weitest große Zahl von Mandaten im Vergleich mit den übrigen Parteien errungen hat, wenn sie auch hinter der absoluten Mehrheit zurückgeblieben ist. Die Deutschen haben sich trotz aller Wahlschwächen und trotz allem Terror der Polen zweifellos gut behauptet. Im übrigen wird es auf die parteipolitische Gruppierung in dem neuen Sejm nicht allzu sehr ankommen, wenn Pilsudski auf dem bisher betretenen Wege fortfährt, auf dem er sich von dem Grundgesetz leiten läßt, daß der Parlamentarismus nicht Selbstzweck ist, sondern daß das Wohl und die Lebensfähigkeit des Staates alle anderen Rücksichten überragen. Mit einem nicht arbeitsfähigen und arbeitswilligen Sejm dürfte Pilsudski wohl kurzen Prozeß machen.

Eröffnung der Ratstagung in Genf.

Von den Danziger Fragen nur das Klagerrecht der Danziger Eisenbahner auf der Tagesordnung.

Genf, 5. März. Die 49. Tagung des Völkerbundsrates ist heute vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitz von Urrutia (Colombien) eröffnet worden. Der Rat stellte zunächst in nichtöffentlicher Sitzung die endgültige Tagesordnung fest und erledigte alsdann eine Reihe administrativer Fragen. In den Danziger Fragen wurde beschlossen, die Frage eines polnischen Kagechafens in Danzig und die Frage des Kontrollrechts auf der Weichselplatte bis zum Abschluß der im Gange befindlichen direkten Verhandlungen zwischen Danzig und Polen zu vertagen.

Ueber die Aussprache im Rat in bezug auf das Klagerrecht Danziger Staatsangehöriger im polnischen Eisenbahndienst wird bekannt, daß zunächst von Polen und Frankreich die Meinung vertreten wurde, angeht die Wichtigkeit des Daager Rechtsgutachtens, daß offiziell dem Rat noch gar nicht zugegangen sei, müsse die weitere Behandlung der Frage auf die nächste Tagung verschoben werden. Reichsaussenminister Dr. Stresemann bezeichnete es jedoch als unvermeidlich, daß der Rat, nachdem das Rechtsgutachten heute bereits in der ganzen Presse veröffentlicht sei, sich auf den Standpunkt stellen wolle, daß er davon noch keine Kenntnis habe. So wurde schließlich nach Zustimmung des italienischen Ratsmitgliedes und des britischen Reichsaussenministers einstimmig beschlossen, die Frage der Weiterbehandlung der Angelegenheit noch in dieser Tagung zu entscheiden. (B. Z. B.)

allgemeine Erhöhung der Tarifhöhe gebracht und im April werden neue Tarife vereinbart. Die Beschwerden werden wir nach Möglichkeit abstellen, so die rigorose Ueberswachung der Arbeiter in den Werstätten. Die Arbeitsämter der Werkstätten sind angewiesen, über die örtlichen Arbeitsnachweise ihre Einstellungen vorzunehmen. Das Arsenal kann nicht gleichmäßig beschäftigt werden; es gibt dort Zeiten außerordentlich harter Inanspruchnahme, zu anderen Zeiten flaut die Arbeit stark ab. Daher kommen Schwankungen in der Arbeitsschicht vor.

Abg. Dnaah (D.-N.) bemängelt als Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Werke in Kiel, daß diese anscheinend bei der Verteilung der Aufträge ins Hintertreffen gelangten. Die Deutschen Werke in Kiel hätten durchaus Bedeutendes geleistet. Die Wirtschaftlichkeit des Arsenalbetriebes sei zu prüfen.

Abg. Brünninghaus (D. Vp.) bittet um Mitteilung, nach welchem Gesichtspunkt die Vergütung der Reparaturen zwischen Arsenal und Deutschen Werke erfolge.

Admiral Zenker: Bei den augenblicklichen Verhältnissen würde in Wilhelmshaven das Panzerschiff 71, in Kiel 75 Millionen RM. kosten. Was die Beschäftigung anlangt, müssen wir daran festhalten, daß die Werft in Wilhelmshaven möglichst rationell beschäftigt wird. Die Kieler Werft wollen wir frügen, um in der Dstsee mindestens eine leistungsfähige Werft zu haben. Hinsichtlich der Abwicklung des Erlaubnisprogramms glauben wir, die beiden Werften nicht gleichmäßig und voll mehr beschäftigen zu können. Wir hoffen aber, daß die Konjunktur sich so entwickelt, daß die Deutschen Werke in Kiel sich durch Privateinrichtungen erhalten können. Das Kieler Arsenal muß ja, weil die Deutschen Werke nicht die Werftstätten dafür haben, alle Waffenreparaturen für die Schiffe in der Dstsee durchführen. Die sonstigen Reparaturen werden nur im Einverständnis mit den Deutschen Werken verteilt. Diese haben sich auch noch nicht beswert. Die Deutschen Werke in Kiel haben dadurch, daß ihnen die Dstsee-kräfte jährlich überwiesen werden, eine Basis, auf die sie wirtschaftlich rechnen können.

Auf eine weitere Frage, welche Schiffbauunternehmen der Versuch die Marine anstelle, erwidert Admiral Zenker, daß es nur solche seien, die weder von den schiffbautechnischen Versuchsanstalten noch von der Handelsmarine angestellt würden. Eine Anfrage des Abgeordneten Hülich (Soz.), ob eines der drei Modelle der „Emden“ nach Dorn gelanzt sei, verneint der Admiral. Hierauf erfolgt die oben gemeldete Abstimmung. Der Rest des Etats wird unverändert genehmigt, bis auf die Titel, die mit der Hydro-Angelegenheit in Verbindung stehen. Diese werden zurückgestellt.

Von Glasenapp †.

Berlin, 5. März. Exzellenz v. Glasenapp, der frühere Vizepräsident der Reichsbank, ist am Sonntag abend an Herzschlag gestorben.

Geheimrat Dr. Otto von Glasenapp wurde am 30. September 1858 geboren. Ende Oktober 1874 trat er als Kammergerichtsrat in den Staatsdienst, wurde 1877 Gerichtsassessor und arbeitete dann bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts 1 Berlin und im Justizministerium. 1883 wurde er zum Reichsaussenminister ernannt, im Dezember 1888 zum Regierungsrat bei der Reichsbank ernannt und schließlich dann endgültig zum Justizminister. Am 1. April 1896 trat er als Vizepräsident der Reichsbank ein, dem er dann 28 Jahre hindurch angehörte. Im Jahre 1924, nach dem Ausblau seiner 39jährigen Dienstzeit, übernahm er die Leitung der Reichsbank. Seitdem betrieb er sich mit schriftstellerischen Arbeiten. Der breiteren Öffentlichkeit wurde er durch seine Teilnahme an den Verhandlungen von Algierès zum ersten Male bekannt.

Die Räte für den Kreuzer A vom Ausschuß bewilligt

15 dafür, 12 dagegen.

Berlin, 5. März. Der Haushaltsausschuß des Reichstages bewilligte heute die erste Räte für den Bau des neuen Panzerkreuzers A mit 15 gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und der Bayerischen Bauernbündler.

Berlin, 5. März. Der Haushaltsausschuß des Reichstages trat heute in die Einzelaussprache des Etats der Marine ein. Die Personalitel werden, wie bei den anderen Etats, vorbehaltlich der näheren Prüfung im Ergänzungsetat genehmigt. Beim Titel „Herstellung der Marine-Rundschau“ erwidert auf Anfragen Admiral Zenker, daß auf Neudruck der Seekarten die alten Höhenzeichen weggehoben und die neuen eingesetzt werden. Die jetzt bewilligten Mittel reichen nur für Herstellung von 15 neuen Seekarten je Jahr aus. Von den 3000 deutschen Seekarten seien aber erst 752 hergestellt.

Abg. Dr. Moser (Soz.) führt Beschwerde darüber, daß der parlamentarische Vertrat nicht genügend von der Marineverwaltung bei Beratungen herangezogen werde. — Abg. Hülich (Soz.) bemängelt, daß zu Vorträgen zu einseitig deutsche Abgeordnete, wie Prof. Doehlich, herangezogen wurden. — Abg. Dr. Moser (Soz.) bemängelt die Art der sogenannten wissenschaftlichen Veröffentlichungen der Marine. Er bitte um Vorlage eines sogenannten „Gesundheitsbuches“. Auf seine Anfrage nach der Malaria in Emden erwidert Admiral Zenker, daß in der Truppe dort keine Malaria geherrscht habe und daß sie in der Bevölkerung zurückgegangen sei.

keine Malaria geherrscht habe und daß sie in der Bevölkerung zurückgegangen sei.

Eine Anfrage des Abg. Reddermeyer (Komm.) beantwortet Admiral Zenker damit, daß für die Marinemusiker dieselben Vorschriften wie für die Heeresmusiker in Geltung seien. Vermieden solle der Konkurrenzkampf zwischen Militär- und Zivilmusikern werden. Eine große Reihe von Titeln und Kapiteln wird unter Ablehnung der kommunistischen und sozialdemokratischen Streichungs- bzw. Abänderungsanträge genehmigt.

Abg. Hülich (Soz.) bringt die Arbeiterpolitik der Marine auf den Werkstätten zur Sprache. Anscheinend sei eine Abänderung zumgunsten der Arbeiter bei Tarifverhandlungen eingetreten. — Abg. Niedermann (Soz.) unterrichtet diese Rede werden und bemängelt die Art der Einstellung der Arbeiter durch die Fürsorgestellen der Stationen; diese Einstellung mühte durch öffentliche Arbeitsnachweise erfolgen. — Abg. Erling (Zent.) stellt mit, daß auch ihm Anfragen zugegangen seien, die auf eine Abänderung in der Arbeiterpolitik schließen ließen.

Admiral Zenker:

Die Marine hat nach wie vor ein großes Interesse daran, nicht nur ein friedliches, sondern ein gutes Einvernehmen mit den Arbeitern der Werften zu erhalten. Die Lohn-freiwilligkeiten haben folgenden Untergrund: Die Schiffswerken haben zurzeit eine gute Konjunktur. Sie haben Leistungs- und Konjunkturzulagen eingeführt. Diese Verbältnisse liegen bei der Marine nicht vor. Wegen Leistungs-zahlungen liegen, wie ja auch der Abg. Hülich anscheinend meint, Bedenken vor. Die letzten Vereinbarungen haben eine